



## Analyse des Budgetdienstes

# Budgetvollzug Jänner bis Oktober und Vorschau für 2014

## Wichtige Ergebnisse

### Budgetvollzug bis Oktober 2014

- Die **Einzahlungen** sind bis Oktober 2014 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 1,5 Mrd. EUR bzw. 2,8 % angestiegen (budgetierter Jahresanstieg 1,2 %). Das Wachstum der Einzahlungen hat sich damit im Vergleich zum Juli (+8,3 %) deutlich abgeschwächt. Für das Gesamtjahr wird sich der Anstieg der Einzahlungen dem budgetierten Anstieg weiter annähern, da im Dezember des Vorjahres Einmaleinzahlungen aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen iHv rd. 2,1 Mrd. EUR verbucht wurden. Daher werden die Einzahlungen im Dezember 2014 wesentlich geringer ausfallen als im Vorjahr.
- Das Wachstum der **öffentlichen Bruttoabgaben** hat sich aufgrund der Abschwächung der Konjunktur weiter verlangsamt und liegt per Ende Oktober 2014 mit 3,1 % unter dem budgetierten Jahresanstieg von 3,9 %. Die Einzahlungen aus der Lohnsteuer (+5,8 %) und Einkommensteuer (+13,7 %) und der Kapitalertragssteuer auf Dividenden (+22,9 %) haben sich bisher besser, jene aus der Umsatzsteuer (+2,0 %) und der Körperschaftsteuer (-3,1 %) schlechter entwickelt. Die öffentlichen Bruttoabgaben werden laut BMF insgesamt etwas hinter dem Voranschlag zurückbleiben.
- Die **Auszahlungen** sind bis Ende Oktober 2014 im Vorjahresvergleich um 206 Mio. EUR bzw. 0,3 % zurückgegangen, bis Ende September wurde noch ein Wachstum von 0,6 % verzeichnet. Der Rückgang der Auszahlungen im Vergleich zum Oktober des Vorjahres lässt sich insbesondere auf die im letzten Jahr höheren Auszahlungen in der UG 45-Bundesvermögen und der UG 58-Finanzierungen,



Währungstauschverträge zurückführen. Für das Gesamtjahr ist ein Wachstum der Auszahlungen iHv 0,3 % budgetiert. Höhere Auszahlungen erfolgten insbesondere für den Bundeszuschuss an die gesetzlichen Pensionsversicherungsträger (UG 22: +675 Mio. EUR), die Arbeitslosenversicherung (UG 20: +533 Mio. EUR), die Pensionen von Beamtinnen und Beamten (UG 23: +332 Mio. EUR). Zu deutlichen Minderauszahlungen kam es in der UG 46-Finanzmarktstabilität.

- Die **Konjunktur** entwickelt sich deutlich schwächer als prognostiziert. Während zum Zeitpunkt der Budgeterstellung für 2014 ein reales Wirtschaftswachstum von 1,7 % erwartet wurde, prognostizierte das WIFO im September nur noch ein Wirtschaftswachstum von 0,8 %. Der jüngste Konjunkturbericht des WIFO wies für das 3. Quartal 2014 eine Stagnation des Wirtschaftswachstums aus, nachdem die heimische Wirtschaft in den ersten beiden Quartalen noch geringfügig wuchs (1. Quartal +0,2 %, 2. Quartal +0,1 %). Auch für das letzte Quartal wird keine Besserung erwartet, daher erscheint aus jetziger Sicht auch der Wert von 0,8 % Wirtschaftswachstum für 2014 als zu hoch gegriffen. Insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte entwickeln sich schwächer als erwartet. Auch der private Konsum entwickelt sich weiterhin nur sehr mäßig. Die Arbeitsmarktlage ist weiterhin sehr angespannt. Die Arbeitslosenquote wird 2014 im Jahresdurchschnitt auf 8,4 % ansteigen (vergleichbarer Vorjahreswert 7,6 %).

### Vorschau für das Gesamtjahr 2014

- Dem Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Ergebnisse des Budgetcontrollings per Ende September 2014 zufolge soll das **Maastricht-Defizit** des Bundes 2014 geringfügig niedriger ausfallen als geplant (-2,7 % des BIP statt -2,8 % des BIP). Der geringere Kapitalbedarf für Bankenhilfen (1,1 Mrd. EUR für die Hypo-Alpe-Adria Bank) und für Haftungen im Ausfuhrförderungsverfahren (0,4 Mrd. EUR) soll die Mehrbedarfe in anderen Bereichen ausgleichen.
- **Auszahlungsseitig** ist dem Bericht zufolge insbesondere im konjunkturreagiblen Arbeitsmarktbereich, bei dem Bundeszuschuss an die gesetzlichen Pensionsversicherungsträger und aus Förderzusagen im Umweltbereich mit hohen Mehrauszahlungen zu rechnen, darüber hinaus werden in den UGs 11-Inneres, 12-Äußeres, 13-Justiz, 21-Soziales und Konsumentenschutz, 23-Pensionen – Beamtinnen und Beamten, 24-Gesundheit, 25-Familien und Jugend und 41-Verkehr, Innovation und Technologie mehr Budgetmittel gebraucht. Geringere **Einzahlungen** erwartet das BMF neben dem Bereich der öffentlichen Abgaben (insbesondere aus



der Umsatzsteuer und den Abgeltungssteuern für Vermögen aus der Schweiz und Liechtenstein), aus Dienstgeberbeiträgen zu Beamtenpensionen (UG 23), aus der UG 25 und aus Versteigerungserlösen von Emissionszertifikaten der UG 43-Umwelt, hingegen wird mit Mehreinzahlungen im Bereich der Gerichtsgebühren, aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage und aus Abrechnungen des Jahres 2013 mit den Pensionsversicherungsträgern gerechnet.

- Um einen restriktiven **Budgetvollzug 2014** sicherzustellen, wurde die Entnahmemöglichkeit der hohen Rücklagenbestände der Ressorts im laufenden Budgetvollzug durch das BMF bislang stark eingeschränkt. Die Mittelverwendungsüberschreitungen, die durch die Verwendung von aus Kreditoperationen finanzierten Rücklagen bedeckt werden, belaufen sich am Ende des 3. Quartals 2014 auf insgesamt 230 Mio. EUR (Vorjahr: 609 Mio. EUR)<sup>1</sup>. Es ist davon auszugehen, dass die Ressorts beabsichtigen, im 4. Quartal 2014 noch Rücklagen in bedeutendem Ausmaß zu entnehmen.
- Der aktuelle **Budgetcontrolling-Bericht** des Bundesministers für Finanzen enthält im Gegensatz zum Vorbericht zwar Angaben zur voraussichtlichen Budgetentwicklung, aus Sicht des Budgetdienstes fehlen jedoch noch wichtige Informationen für den Budgetausschuss. Alle prognostizierten wesentlichen Abweichungen vom Voranschlag sollten nicht nur begründet, sondern um eine entsprechende quantitative Einschätzung der Abgeordneten zu ermöglichen auch beziffert werden. Die Prognose des voraussichtlichen Jahresergebnisses sollte zukünftig neben dem Maastricht-Defizit auch die Entwicklung des strukturellen Defizits des Bundes (BVA 2014: - 1,0 %) bzw. des Gesamtstaates umfassen.

## Übersicht über die Haushaltsplanung 2015

- Das Bundesministerium für Finanzen legte der Europäischen Kommission und der Eurogruppe am 15. Oktober 2014 eine aktualisierte Übersicht über die österreichische **Haushaltsplanung 2015** vor, die ausgehend von einer ungünstigeren Konjunktorentwicklung für 2015 von einer höheren gesamtstaatlichen Verschuldung von 85,6 % des BIP (im Vergleich zur Haushaltsplanung im Frühjahr 77,6 % noch ohne ESVG-Umstellung und ohne Hypo-Alpe-Adria Abbaueinheit), einem höheren

---

<sup>1</sup> Im Vorjahresvergleich wurden allerdings 2013 keinerlei Rücklagenentnahmen budgetiert, im BFG 2014 betragen die budgetierten Rücklagenentnahmen 611 Mio. EUR.



gesamtstaatlichen Maastricht-Defizit von 1,9 % des BIP (1,4 %) und einem höheren strukturellen Defizit von 1,0 % des BIP (0,9 %) ausgeht.

- Der **Fiskalrat** hat kürzlich eine eigene Budgetprognose veröffentlicht und die Haushaltsplanung 2015 als plausibel, aber vorsichtig eingeschätzt. So sieht der Fiskalrat das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit für 2014 bei 2,5 % des BIP (Haushaltsplanung: 2,8 %), das 2015 auf 1,4 % des BIP (Haushaltsplanung: 1,9 %) sinken soll. Das strukturelle Defizit soll 2014 0,7 % des BIP betragen und 2015 bereits auf 0,5 % sinken. Damit würde Österreich die EU-Fiskalregeln in den Jahren 2014 und 2015 im Wesentlichen erfüllen.

## Budgetvollzug Jänner bis Oktober 2014 – wesentliche Einzelergebnisse

### Grundlage für die Analyse sind folgende Dokumente:

- Monatserfolg August 2014 (39/BA)
- Monatserfolg September 2014 (42/BA)
- Monatserfolg Oktober 2014 (48/BA)
- Bericht über die Genehmigung von Vorbelastungen für das 3. Quartal 2014 (45/BA)
- Bericht gemäß § 54 Abs. 12 BHG 2013 über die im 3. Quartal 2014 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen (MVÜ) (46/BA)
- Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Entwicklung des Bundeshaushaltes von Jänner bis September 2014 (41/BA und Zu 41/BA)

### Aggregierte Entwicklung des Bundeshaushaltes bis Oktober 2014

In der nachfolgenden Tabelle wird die Entwicklung des Bundeshaushalts bis Oktober 2014 im Vergleich zum Vorjahr dargestellt und den Jahreswerten gegenübergestellt:

#### Entwicklung Bundeshaushalt

Finanzierungsrechnung	Monatserfolg	Monatserfolg kumuliert				Jahreswerte			
	Oktober 2014	Jän.-Okt. 2013	Jän.-Okt. 2014	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %	Erfolg 2013	BVA 2014	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %
<b>Allgemeine Gebarung</b>									
Einzahlungen	5.259,2	54.914,4	56.446,5	1.532,0	2,8	71.363,7	72.195,8	832,1	1,2
Auszahlungen	6.270,3	61.675,8	61.469,9	-205,9	-0,3	75.566,7	75.765,1	198,4	0,3
<b>Nettofinanzierungsbedarf</b>	<b>-1.011,1</b>	<b>-6.761,4</b>	<b>-5.023,4</b>	<b>1.737,9</b>	<b>25,7</b>	<b>-4.203,0</b>	<b>-3.569,3</b>	<b>633,7</b>	<b>15,1</b>

Quelle: BMF, Monatserfolg Oktober 2014



Per Ende Oktober 2014 sind die Einzahlungen im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mrd. EUR oder 2,8 % angestiegen (budgetierter Jahresanstieg 1,2 %). Das Wachstum der Einzahlungen hat sich damit im Vergleich zum Juli deutlich abgeschwächt (+8,3 %). Für das Gesamtjahr wird sich der Anstieg der Einzahlungen dem budgetierten Anstieg weiter annähern, da im Dezember des Vorjahres Einmaleinzahlungen aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen iHv rd. 2,1 Mrd. EUR verbucht wurden. Daher werden die Einzahlungen im Dezember 2014 wesentlich geringer ausfallen als im Vorjahr.

Die Auszahlungen sind bis Ende Oktober 2014 im Vorjahresvergleich um 206 Mio. EUR bzw. 0,3 % zurückgegangen, bis Ende September wurde noch ein Wachstum von 0,6 % verzeichnet. Der Rückgang der Auszahlungen im Vergleich zum Oktober des Vorjahres lässt sich insbesondere auf die im letzten Jahr höheren Auszahlungen in der UG 45-Bundesvermögen (rd. 438 Mio. EUR) und in der UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge (rd. 276 Mio. EUR) zurückführen. Für das Gesamtjahr ist ein Wachstum der Auszahlungen iHv 0,3 % budgetiert.

## Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr

Im Folgenden werden jene Untergliederungen dargestellt, die im Finanzierungshaushalt hohe absolute und prozentuelle Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres aufweisen. Die beiden nachfolgenden Tabellen geben zunächst einen Überblick über die Untergliederungen mit den stärksten positiven oder negativen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr bei den Einzahlungen und bei den Auszahlungen.

### Einzahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Einzahlungen	Vergleich Jän-Okt 2014 mit Jän-Okt 2013		Vergleich BVA 2014 mit Erfolg 2013	
		Unterschied in Mio. €	Unterschied in %	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %
16	Öffentliche Abgaben	1.084,5	3,0	2.080,6	4,5
46	Finanzmarktstabilität	758,4	44,7	533,1	28,1
20	Arbeit	253,3	5,5	181,8	3,1
43	Umwelt	-93,3	-42,8	72,3	18,2
41	Verkehr, Innovation und Technologie	-100,9	-35,2	-1.974,5	-83,8
51	Kassenverwaltung	-753,1	-42,6	-481,2	-24,9
	<b>Summe ausgewählte Untergliederungen</b>	<b>1.148,9</b>	<b>2,6</b>	<b>412,0</b>	<b>0,7</b>
	<i>übrige Untergliederungen</i>	383,1	3,7	420,1	3,2
	<b>Summe alle Untergliederungen</b>	<b>1.532,0</b>	<b>2,8</b>	<b>832,1</b>	<b>1,2</b>



## Auszahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Auszahlungen	Vergleich Jän-Okt 2014 mit Jän-Okt 2013		Vergleich BVA 2014 mit Erfolg 2013	
		Unterschied in Mio. €	Unterschied in %	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %
22	Pensionsversicherung	674,6	7,7	400,9	4,1
20	Arbeit	533,4	9,8	320,8	4,8
23	Pensionen - Beamtinnen und Beamte	332,0	4,7	362,5	4,2
32	Kunst und Kultur	281,9	k.A.	368,6	k.A.
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	258,3	4,2	507,0	7,9
30	Bildung und Frauen	-397,2	-5,7	-437,7	-5,1
45	Bundesvermögen	-695,6	-43,5	-177,1	-10,3
46	Finanzmarktstabilität	-1.296,0	-63,2	-1.454,9	-44,3
<b>Summe ausgewählten Untergliederungen</b>		<b>-308,6</b>	<b>-0,8</b>	<b>-109,8</b>	<b>-0,2</b>
<i>übrige Untergliederungen</i>		<i>102,8</i>	<i>0,4</i>	<i>308,3</i>	<i>1,0</i>
<b>Summe Allgemeine Gebarung</b>		<b>-205,9</b>	<b>-0,3</b>	<b>198,4</b>	<b>0,3</b>

Quelle: Monatserfolg BMF, eigene Darstellungen

## UG 16-Öffentliche Abgaben

Die **öffentlichen Bruttoabgaben** betragen bis Ende Oktober rd. 62,8 Mrd. EUR und liegen damit um 3,1 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Budgetiert wurde ein Anstieg um 3,9 %. Das BMF erwartet auch, dass für das Gesamtjahr die Einzahlungen etwas hinter dem Voranschlag zurückbleiben werden. Die anhaltend **schwache Konjunktur** hat einen dämpfenden Effekt auf das Steueraufkommen.

Aus den **Einkommen- und Vermögensteuern** (budgetierter Jahreswert rd. 40,6 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 51,2 %) konnten bis Ende Oktober Einzahlungen iHv rd. 31,1 Mrd. EUR erzielt werden. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 3,8 % (budgetierter Anstieg 4,9 %). Besonderheiten weisen dabei folgende Abgabenarten aus:

- **Lohnsteuer** (budgetierter Jahreswert 26,0 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 32,8 %): Bis Ende Oktober lagen die Einzahlungen um rd. 1,2 Mrd. EUR bzw. 5,8 % über jenen des Vorjahreszeitraum (budgetierter Jahresanstieg 5,7 %). Hauptverantwortlich für die dynamische Entwicklung sind der Anstieg der Beschäftigung, die kollektivvertraglichen oder gesetzlichen Lohnerhöhungen und das Wirken der kalten Progression. Allerdings ist die aktuelle WIFO-Prognose bei den für die Einzahlungen aus der Lohnsteuer relevanten Indikatoren für 2014 pessimistischer geworden. Sowohl die Löhne und Gehälter pro Kopf (+1,7 % statt +2,1 %) als auch die unselbständige Beschäftigung (+0,7 % statt 1,0 %) entwickeln sich schwächer als



noch im Frühjahr erwartet. Aus jetziger Sicht dürfte der veranschlagte Wert trotz der Verschlechterung der Rahmenbedingungen in etwa erreicht werden.

- **Veranlagte Einkommensteuer** (budgetierter Jahreswert 3,5 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 4,4 %): Die Einzahlungen liegen bis Ende Oktober um rd. 258 Mio. EUR bzw. 13,7 % über jenen des Vorjahreszeitraums. Budgetiert wurde ein Anstieg um 12,2 %. Die Dynamik hat sich somit gegenüber den Vormonaten abgeschwächt. Für das Gesamtjahr ist zu erwarten, dass sich der bisherige Trend weiter abschwächen und sich an den budgetierten Anstieg annähern wird. Die schwache Konjunktorentwicklung wird sich erst mit zeitlicher Verzögerung auf die veranlagte Einkommensteuer auswirken.
- **Kapitalertragsteuer** (budgetierter Jahreswert 2,7 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 3,3 %): Bis Ende Oktober liegen die Einzahlungen um rd. 241 Mio. EUR bzw. 14,1 % über jenen des Vorjahreszeitraums (budgetierter Jahresanstieg 2,3 %). Insbesondere die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer auf Dividenden (+22,9 %) entwickelten sich besonders gut, jene aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen sind bisher gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht rückläufig (-0,3 %). Allerdings stellen für das Jahresergebnis die Einzahlungen aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen ein negatives Risiko dar, da hier der Großteil der Einzahlungen erst im Dezember erfolgen wird und das Zinsniveau weiterhin sehr niedrig ist.
- **Körperschaftsteuer** (budgetierter Jahreswert 6,2 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 7,8 %): Die Einzahlungen liegen bis Ende Oktober um rd. 138 Mio. EUR bzw. 3,1 % unter jenen des Vorjahres (budgetierter Anstieg +3,0 %). Bis Ende September war noch ein Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8,2 % zu beobachten. Das BMF hat bereits im Budgetcontrolling-Bericht für die Periode Jänner-September darauf hingewiesen, dass dieses Mehraufkommen mit Vorsicht zu interpretieren ist. Der Grund lag in den um den September-Ultimo einlangenden Zahlungen zur Vermeidung der Anspruchsverzinsung (im Fall einer zu erwartenden Nachforderung). Durch den Fälligkeitstermin Ende September kam es hier zu Überläufen in den Oktober. Für das Jahresergebnis wird noch die im November eingehende letzte Vorauszahlung ausschlaggebend sein.



- **Abgeltungssteuern aus internationalen Abkommen** (budgetierter Jahreswert 500 Mio. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 0,6 %): Mit Ende Oktober betrugen die Einzahlungen aus Abgeltungssteuern aus internationalen Abkommen rd. 264 Mio. EUR. Im Oktober wurde lediglich eine Einzahlung iHv 1 Mio. EUR verbucht. Der überwiegende Teil der bisherigen Einzahlungen stammt aus dem Steuerabkommen mit Liechtenstein, es sind allerdings auch noch Restzahlungen aus dem Abkommen mit der Schweiz enthalten. Der budgetierte Wert iHv 500 Mio. EUR wird deutlich unterschritten werden.
- **Stabilitätsabgabe** (budgetierter Jahreswert 640 Mio. EUR, Anteil an den Bruttoabgaben 0,8 %): Die Einzahlungen liegen bis Ende Oktober um rd. 25 Mio. EUR bzw. 5,3 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Budgetiert wurde bei der Stabilitätsabgabe ein Anstieg um 8,9 %. Mit dem Abgabenänderungsgesetz 2014 wurde eine Erhöhung des Sonderbeitrages zur Stabilitätsabgabe beschlossen. Die Zahlungen erfolgen quartalsweise. Eine weitere Zahlung hat mit 31. Oktober zu erfolgen. Diese schien im Vorjahr größtenteils im Monatserfolg November auf. Eine abschließende Einschätzung wird daher erst nach Vorlage des Monatserfolges November möglich sein.

Die Einzahlungen aus den **Verbrauchs- und Verkehrssteuern** (budgetierter Jahreswert rd. 38,1 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 48,1 %) betrugen bis Ende Oktober rd. 31,1 Mrd. EUR. Der bisherige Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % liegt unter dem budgetierten Anstieg von 3,5 %. Die anhaltend schwache Konsumententwicklung wirkt sich unmittelbar auf die Verbrauchs- und Verkehrssteuern aus. Während im Frühjahr noch ein Anstieg des nominellen Privatkonsums um 2,7 % erwartet wurde, geht das WIFO in der jüngsten Prognose von einem Anstieg um 2,3 % aus. Besonderheiten weisen folgende Abgabenarten aus:

- **Umsatzsteuer** (budgetierter Jahreswert 25,6 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 32,2 %): Bis Ende Oktober betrugen die Einzahlungen rd. 20,9 Mrd. EUR. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 2,0 % (budgetierter Anstieg 2,9 %). Aufgrund der anhaltend schwachen Entwicklung des privaten Konsums ist eine Unterschreitung des BVA zu erwarten.





- **Mineralölsteuer** (budgetierter Jahreswert 4,2 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 5,2 %): Bis Ende Oktober betragen die Einzahlungen 3,4 Mrd. EUR. Damit liegen sie um 0,6 % unter dem vergleichbaren Vorjahreswert, budgetiert wurde ein Rückgang um 0,4 %. Bei den Einzahlungen aus der Mineralölsteuer bestehen erhebliche Schwankungen im Monatsaufkommen, weshalb noch keine eindeutigen Rückschlüsse auf das Gesamtjahr gezogen werden können. Allerdings korrelieren die Mineralölsteuereinnahmen mit der Konjunktorentwicklung, daher erscheint es aufgrund der anhaltend schwachen Konjunktur plausibel, dass es zu einer Unterschreitung des BVA kommt.
- **Motorbezogene Versicherungssteuer** (budgetierter Jahreswert 2,1 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 2,6 %): Die Einzahlungen bis Ende Oktober betragen rd. 1,6 Mrd. EUR und liegen damit um 17,8 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert (budgetierter Anstieg 15,0 %). Der starke Anstieg ist insbesondere auf die mit dem Abgabenänderungsgesetz 2014 beschlossene Erhöhung zurückzuführen. Eine Überschreitung des BVA erscheint aus jetziger Sicht plausibel.

## UG 20-Arbeit

Die Arbeitsmarktlage ist weiterhin sehr angespannt. Die Arbeitsmarktdaten vom Oktober weisen eine Arbeitslosenquote von 8,1 % aus (Vorjahreswert 7,4 %). Der Stand an vorgemerkten Arbeitslosen ist auf 310.306 Personen angestiegen (+10,7 % gegenüber dem Vorjahr). Besonders stark war der Anstieg der vorgemerkten Arbeitslosen bei den ausländischen Arbeitskräften (+22,2 %), bei älteren Personen ab 50 Jahren (+14,5 %) und insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen (>12 Monate, +111,2 %)<sup>2</sup>. Für das Gesamtjahr erwartete das WIFO aktuell eine Arbeitslosenquote von 8,4 %, bei der Erstellung des BVA im Frühjahr wurde noch eine Arbeitslosenquote von 8,0 % angenommen.

Die weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage führt zu höheren **Auszahlungen** in der UG 20-Arbeit. Bis Ende Oktober stiegen die Auszahlungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rd. 533 Mio. EUR bzw. 9,8 %. Budgetiert wurde für das Gesamtjahr ein Anstieg um 4,8 %. Bis Ende September betragen die Mehrauszahlungen gegenüber dem Vorjahr 365 Mio. EUR. Laut dem Budgetcontrolling-Bericht des BMF sind rd. 180 Mio. EUR der Mehrauszahlungen bis Ende September auf Leistungen gemäß

---

<sup>2</sup> Der starke Anstieg bei den Langzeitarbeitslosen ist jedoch neben der Konjunkturverschlechterung insbesondere auch auf eine Umstellung bei der Berechnungsmethode und auf Änderungen der Schulungsstrategie des AMS zurückzuführen.



Arbeitslosenversicherungsgesetz zurückzuführen. Auch die Auszahlungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik des AMS sind gestiegen (67,1 Mio. EUR). Weitere Ursachen sind die Akontierung nach § 14 Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz (74,5 Mio. EUR) und die Dotierungen der Arbeitsmarktrücklage (38,2 Mio. EUR). Für das Gesamtjahr wird es zu einer deutlichen Überschreitung des BVA kommen. Der Mehrbedarf für zusätzliche Förderprojekte kann allerdings durch Entnahmen von Mitteln aus der Arbeitsmarktrücklage finanziert werden.

Auch die **Einzahlungen**, die zum überwiegenden Teil aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung bestehen, sind bis Ende Oktober um rd. 253 Mio. EUR bzw. 5,5 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (budgetierter Anstieg 3,1 %). Bis Ende September betrug der Anstieg gegenüber das Vorjahr 245 Mio. EUR. Davon entfallen laut Budgetcontrolling-Bericht 178 Mio. EUR auf den Anstieg bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitsmarktrücklage wurde bis Ende September im Vergleich zum Vorjahr zur Finanzierung des AMS-Förderbudgets um 46 Mio. EUR stärker beansprucht. Für die Finanzierung der Aufwendungen für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation wurden von der Pensionsversicherungsanstalt 20 Mio. EUR überwiesen. Für das Gesamtjahr werden die Einzahlungen um rd. 200 Mio. EUR höher liegen als budgetiert. Mit rd. 142 Mio. EUR entfällt der Großteil davon aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage.

Der **negative Saldo** in der UG 20-Arbeit wird am Ende des Jahres deutlich größer sein als budgetiert, da der Anstieg bei den Einzahlungen geringer ausfallen wird als bei den Auszahlungen.

### **UG 22-Pensionsversicherung**

Die **Auszahlungen** in der UG 22-Pensionsversicherung liegen bis Ende Oktober um rd. 675 Mio. EUR bzw. 7,7 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Für das Gesamtjahr wurde ein Anstieg um rd. 401 Mio. EUR bzw. 4,1 % gegenüber dem Vorjahr veranschlagt. Die Mehrauszahlungen sind auf einen erhöhten Bundeszuschuss an die gesetzlichen Pensionsversicherungsträger zurückzuführen. Aufgrund der bisherigen Mehrauszahlungen dürfte es zu einer deutlichen Überschreitung des BVA kommen. Im Budgetcontrolling-Bericht des BMF wird auf einen erwarteten Mehrbedarf hingewiesen, dieser wird jedoch nicht näher quantifiziert. Der Budgetdienst hat bereits in seiner Budgetanalyse im Frühjahr darauf hingewiesen, dass im Gutachten der Pensionskommission vom Oktober 2013 für 2014 ein um 467 Mio. EUR höherer Mittelbedarf in der UG 22 prognostiziert wurde als tatsächlich veranschlagt wurde. Der budgetierte Wert wurde daher als sehr optimistisch eingeschätzt. Laut Informationen des BMASK ist der Mehrbedarf in der UG 22 vor allem auf niedriger als



erwartete Einzahlungen in die Pensionsversicherung zurückzuführen und weniger auf höhere Ausgaben.

Ein neues **Gutachten der Pensionskommission** wäre gem. § 108e ASVG bis zum 31. Oktober vorzulegen gewesen. Laut APA-Meldung vom 21. November 2014 wurde das neue Gutachten heute (21. November 2014) vorgestellt. Da es aktuell noch nicht öffentlich zugänglich ist, können die Ergebnisse nicht berücksichtigt werden. In diesem Gutachten wird bereits eine erste Einschätzung der Wirksamkeit der mit 1. Jänner 2014 eingeführten Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters erfolgen. Eine Prognose zur Entwicklung des Bundeszuschuss für das aktuelle Jahr und die Folgejahre wird ebenfalls erfolgen.

Die **Einzahlungen** spielen in der UG 22-Pensionsversicherung nur eine untergeordnete Rolle und resultieren im Wesentlichen aus Abrechnungen mit den Pensionsversicherungsträgern aus dem Vorjahr. Laut Budgetcontrolling-Bericht des BMF kommt es wegen der Abrechnungen aus dem Jahr 2013 zu Mehreinzahlungen iHv rd. 147 Mio. EUR (gegenüber dem budgetierten Wert).

#### UG 46-Finanzmarktstabilität

Die nachfolgende Tabelle zeigt die bisherigen Zahlungsströme und die im Finanzrahmen vorgesehene Entwicklung zur Sicherung der österreichischen Finanzmarktstabilität.

#### Budget 2014 und 2015, mittelfristiger Finanzrahmen

Finanzierungshaushalt <i>in Mio. EUR, gerundet</i>	2008	2009	2010	2011	2012	2013	BVA 2014	BVA 2015	BFRG 2016	BFRG 2017	BFRG 2018
Einzahlungen		277	572	641	513	1.898	2.431	112	52	50	50
Auszahlungen	900	4.896	528	80	1.887	3.286	1.832	431	531	431	303

Quellen: BRA, Strategiebericht, Budgetbericht

Im Jahr 2014 belaufen sich die Auszahlungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität bis Ende Oktober auf 756 Mio. EUR. Laut dem Budgetcontrolling des Bundesministers für Finanzen werden über die Kapitalerhöhung bei der Hypo-Alpe-Adria Group AG (HAAG) iHv 750 Mio. EUR hinaus heuer keine weiteren Budgetmittel für Zuschüsse bzw. Haftungen benötigt, damit würden die Auszahlungen in der UG 46 um 1,1 Mrd. EUR geringer ausfallen als budgetiert.



Die Einzahlungen liegen per Ende Oktober 2014 mit 2,4 Mrd. EUR um rd. 24 Mio. EUR über dem budgetierten Jahresbetrag. Die BAWAG PSK und die Raiffeisen Bank International (RBI) zahlten im ersten Halbjahr 2014 Partizipationskapital iHv 2,1 Mrd. EUR zurück, die beiden Banken und die Erste Group Bank AG leisteten noch für das Geschäftsjahr 2013 Dividenden für das Partizipationskapital iHv 252,4 Mio. EUR. Die Einzahlungen aus Haftungsentgelten beliefen sich per Ende September 2014 auf 83,6 Mio. EUR, davon entfielen 24,7 Mio. EUR auf das 3. Quartal 2014. Mit der Rückzahlung des Partizipationskapitals durch die nicht staatlichen Banken, den daraus lukrierten Dividenden und dem Auslaufen der Haftungen auf Grundlage des Interbankenmarktstärkungsgesetzes (ISBG) per Juni 2014 wird es ab 2015 zu wesentlich geringeren Einzahlungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität kommen.

#### Auswirkungen auf Maastricht-Defizit

Die Hypo-Alpe-Adria Bank AG (HAAG) hat im Jahr 2014 bis dato Bundeszuschüsse iHv 750 Mio. EUR (BVA 1,8 Mrd. EUR) benötigt. Im Maastricht-Defizit des Bundes ist mit der Eingliederung der Abbaueinheit in den Sektor Staat die Differenz zwischen den derzeitigen Bilanzwerten und dem langfristigen wirtschaftlichen Wert wirksam. Bei der Budgeterstellung wurde im Maastricht-Defizit 2014 ein Kapitalbedarf von insgesamt 4,4 Mrd. EUR berücksichtigt, davon 4 Mrd. EUR für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Hypo-Alpe-Adria Bank AG (HAAG), in das Maastricht-Defizit 2015 wurde ein Kapitalbedarf iHv 1 Mrd. EUR für die Bankenhilfen eingerechnet. In der aktuellen Übersicht über die Haushaltsplanung 2015 sind die Bankenhilfen für 2014 nunmehr mit 4,2 Mrd. EUR berücksichtigt, die Annahmen für 2015 blieben unverändert.

Per Ende Oktober 2014 wurde die Hypo-Alpe-Adria International zur Abwicklungsgesellschaft Heta Asset Resolution. Die Südosteuropa-Holding mit sechs Tochterbanken soll bis Ende November 2014 an den US-Investor Advent und die EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) verkauft werden.

Die im Staatsbesitz stehende Abbaueinheit KA Finanz AG wird nunmehr dem Sektor Staat zugerechnet. Sämtliche Verbindlichkeiten der KA Finanz AG werden rückwirkend ab 2009 dem Schuldenstand der Republik Österreich zugerechnet. Im Jahr 2014 führt dies zu einem Anstieg um EUR 7,2 Mrd. EUR, der Schuldenstand verringert sich in weiterer Folge im Ausmaß der Abbauleistung der Bank.



### **UG 30-Bildung und Frauen**

In der UG 30 soll ein höherer Mittelbedarf im Bereich der Allgemeinbildenden Pflichtschulden durch eine mit der BIG zu vereinbarende Verschiebung von Mietzinsfälligkeiten von rd. 87,97 Mio. EUR vermieden werden und damit eine Überschreitung des Finanzierungshaushaltes verhindert werden.

### **UG 23-Pensionen – Beamtinnen und Beamte**

Die Auszahlungen sind bis Ende Oktober 2014 mit 7,408 Mrd. EUR um 332 Mio. EUR (+4,7 %) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (budgetierter Jahresanstieg 4,2 %). Die Steigerungen werden mit der Pensionsanpassung für 2014 (+1,6 %) und einer Nachzahlung für LandeslehrerInnenpensionen iHv rd. 52 Mio. EUR begründet. Für das Gesamtjahr geht das BMF von einem Mehrbedarf für Lehrerpensionen und Pensionen bei ausgegliederten Einheiten aus, die teilweise durch Minderauszahlungen im Bereich Bahn, Post und Hoheitsverwaltung kompensiert werden sollen.

### **UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge**

Die Nettoauszahlungen von 6,434 Mrd. EUR erhöhten sich im Zeitraum Jänner bis Oktober 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 258,3 Mio. EUR (+4,2 %), der budgetierte Jahresanstieg beläuft sich auf 7,9 %. Der überwiegende Teil der höheren Auszahlungen ist auf geringere Emissionsagien bei der Aufstockung von Bundesanleihen zurückzuführen. In der beim Finanzierungsaufwand wegen der Periodenabgrenzung aussagekräftigeren Ergebnisrechnung ist im Vorjahresvergleich mit 5,610 Mrd. EUR hingegen ein um 343 Mio. EUR oder -5,8 % geringerer Aufwand zu verzeichnen (budgetierter Jahresanstieg beim Zinsaufwand +1,2 %).

### **UG 45-Bundesvermögen**

Die Nettoauszahlungen von 904 Mio. EUR reduzierten sich im Zeitraum Jänner bis Oktober 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 695,6 Mio. EUR (-43,5 %), die budgetierte Reduktion für das Gesamtjahr beläuft sich auf -10,3 %. Die Minderauszahlungen gehen dem Budgetcontrolling-Bericht zufolge insbesondere auf die im Vergleichszeitraum des Vorjahres getätigten Kapitalerhöhungen (EIB, ESM) zurück, die voraussichtliche Unterschreitung des Jahresbudgets (-0,4 Mrd. EUR) resultiert aus einer geringeren Inanspruchnahme von Haftungen im Ausfuhrförderungsverfahren und geringeren Zahlungen für die internationalen Finanzinstitutionen.



## Mittelverwendungsüberschreitungen und Vorbelastungen

Zur Einhaltung der Vorgaben der Europäischen Union hat sich die Bundesregierung zu einem restriktiven Budgetvollzug verpflichtet. Durch den vorgesehenen Konsolidierungspfad ist die Entnahmemöglichkeit von Rücklagen der Ressorts eingeschränkt. Im Bundesvoranschlag 2014 wurden bei einem Stand der Rücklagen iHv 17,3 Mrd. EUR per Ende 2013 lediglich Rücklagenentnahmen iHv 611 Mio. EUR bereits budgetiert. Eine darüberhinausgehende Entnahmemöglichkeit der hohen Rücklagenbestände der Ressorts über Mittelverwendungsüberschreitungen im laufenden Budgetvollzug ist zur Einhaltung der Budgetziele stark eingeschränkt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die per Ende des 3. Quartals 2014 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen, im 1. und 2. Quartal wurden Mittelverwendungsüberschreitungen teils noch auf Grundlage des gesetzlichen Budgetprovisoriums iVm dem BFG 2013 genehmigt.

### Mittelverwendungsüberschreitungen per Ende 3. Quartal 2014

Mittelverwendungsüberschreitungen Finanzierungshaushalt <i>in Mio. EUR</i>		2014			
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	Gesamt
gesetzl. Grundlage	Erläuterung				
<b>Umschichtungen</b>					
Art. IV Abs. 1 Z 1	zwischen Detailbudgets unterschiedlicher Globalbudgets derselben Untergliederung			10,360	<b>10,360</b>
Art. IV Abs. 1 Z 2	zwischen Globalbudgets von Untergliederungen derselben Rubrik			22,469	<b>22,469</b>
<b>Summe</b>		<b>0,000</b>	<b>0,000</b>	<b>32,829</b>	<b>32,829</b>
<b>unterjährige Rücklagen (Mehreinzahlungen)</b>					
Art. V Abs. 1 Z 2, gesetzl. Budgetprov. 2014 iVm. BFG 2013	zweckgebundene Gebarungen	2,012	9,312		<b>11,324</b>
Art. V Abs. 1 Z 3 lit. h, gesetzl. Budgetprov. 2014 iVm. BFG 2013	Leistungen an Sozialversicherungen für Transferzahlungen an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	39,999			<b>39,999</b>
Art. V Abs. 1 Z 3g	aus der Veräußerung von militärisch genutzten Liegenschaften und Hochbauten			12,611	<b>12,611</b>
Art. V Abs. 1 Z 2	zweckgebundene Gebarungen			118,230	<b>118,230</b>
<b>Summe</b>		<b>42,011</b>	<b>9,312</b>	<b>130,841</b>	<b>182,164</b>
<b>Rücklagen</b>					
Art. VI Abs. 1 Z 2, gesetzl. Budgetprov. 2014 iVm. BFG 2013	Verwendung von Rücklagen aus Vorperioden (Bedeckung durch Kreditoperationen)	45,195	46,409		<b>91,604</b>
Art. VIZ. 2, BFG 2014	Verwendung von Rücklagen aus Vorperioden (Bedeckung durch Kreditoperationen)		34,788	103,620	<b>138,408</b>
§ 56 Abs. 2 BHG 2013	Rücklagenentnahme im Rahmen der EU-Gebarung		0,158	0,307	<b>0,465</b>
<b>Summe</b>		<b>45,195</b>	<b>81,354</b>	<b>103,927</b>	<b>230,477</b>
<b>Sonstige Kreditoperationen</b>					
Art. VIZ 1 BFG 2014	bei Überschreitung variabler Mittelverwendungsobergrenzen			0,119	<b>0,119</b>
<b>Summe</b>		<b>0,000</b>	<b>0,000</b>	<b>0,119</b>	<b>0,119</b>
<b>Gesamt</b>		<b>87,206</b>	<b>90,666</b>	<b>267,716</b>	<b>445,588</b>

Quelle: BMF, Stand 30. Oktober 2014



Im 3. Quartal 2014 wurden Mittelverwendungsüberschreitungen iHv insgesamt 267,7 Mio. EUR genehmigt. Davon entfallen rd 49 % (131 Mio. EUR) auf unterjährige Mehreinzahlungen und rd. 39 % (104 Mio. EUR) auf die Verwendung von Rücklagen.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden bis zum Ende des 3. Quartals im Budgetvollzug deutlich weniger Rücklagen aus Vorperioden entnommen. Während die Mittelverwendungsüberschreitungen, die durch die Verwendung von aus Kreditoperationen finanzierten Rücklagen bedeckt werden, am Ende des 3. Quartals 2013 noch rd. 609 Mio. EUR betragen, wurden per Ende September 2014 insgesamt 230 Mio. EUR genehmigt. Es ist davon auszugehen, dass die Ressorts beabsichtigen, im 4. Quartal 2014 noch Rücklagen in bedeutendem Ausmaß zu entnehmen. Im Vorjahr wurden rd. 73 % der Rücklagen (1,6 Mrd. EUR) im 4. Quartal entnommen. Die Entnahmemöglichkeit ist jedoch zur Einhaltung der Budgetziele stark eingeschränkt und wird vom laufenden Budgetvollzug abhängig gemacht.

#### Vorbelastungen per Ende 3. Quartal 2014

Vorbelastungen <i>in Mio. EUR</i>	2014				Auszahlungen auf UG-Ebene BVA 2014	Verpflichtungen zu Lasten zukünftiger Finanzjahre per 31.12.2013
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	Gesamt		
Finanzierungshaushalt						
UG 31-Wissenschaft und Forschung	12,6		205,6	218,2	4.078,1	6.622,8
UG 33-Wirtschaft (Forschung)		26,3		26,3	101,6	206,8
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)			227,9	227,9	424,2	631,3
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	3,9		5,0	8,9	3.173,8	48.692,1
UG 43-Umwelt	1,4	45,9	11,2	58,5	639,0	5.125,6
<b>Gesamt</b>	<b>17,9</b>	<b>72,2</b>	<b>449,6</b>	<b>539,7</b>	<b>75.765,1</b>	

Quelle: BMF, Stand: 30. Oktober 2014

Im 3. Quartal 2014 wurden neue Vorbelastungen des Bundeshaushaltes iHv 450 Mio. EUR eingegangen, davon betreffen 205,6 Mio. EUR Programme des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), 137,1 Mio. EUR verschiedene Programme der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und 90,7 Mio. EUR das EUMETSAT-Programm für Wettervorhersagen und Klimaprognosen. In der Tabelle werden die heuer bislang eingegangenen Vorbelastungen den für 2014 budgetierten Auszahlungen sowie den laut BRA per 31. Dezember 2013 bestehenden gesamten Vorbelastungen auf UG-Ebene gegenübergestellt.

Die im Bericht über die Genehmigung von Vorbelastungen enthaltenen Angaben sind jedoch nur sehr beschränkt aussagekräftig. Für eine bessere Einschätzung der budgetären Belastungen der Folgejahre sollte der Vorbelastungsbericht um Angaben zum Stand aller bestehenden Vorbelastungen und des genehmigten Vorbelastungsvorhabens für das betreffende Globalbudget und der Verteilung auf die nächsten fünf Jahre ergänzt werden.